

PRESSEINFORMATION

Schummer fordert Opferfonds von Arbeits- und Sozialministerkonferenz

Dorsten. Auf der diesjährigen Landesdelegiertenversammlung der Lebenshilfe Nordrhein-Westfalen e.V., forderte Landesvorsitzender Uwe Schummer, MdB, vor über 200 Delegierten und Selbstvertretern die Arbeits- und Sozialminister der Länder auf, endlich einen Entschädigungsfonds für Menschen mit Behinderung aufzulegen, die in Einrichtungen der Behindertenhilfe bis ins Jahr 1989 misshandelt wurden. „Wir erwarten, dass bei der nächsten Arbeits- und Sozialministerkonferenz im November endlich der Opferfonds eröffnet wird“, sagte Schummer zu den Delegierten.

Noch immer blockieren einzelne Bundesländer eine Lösung zugunsten der immer älter werdenden Opfer. Man hatte die ehemaligen Heimkinder mit Behinderung in den beiden vorangegangenen Entschädigungsfonds Ost und West schlicht vergessen. „Diese Gerechtigkeitslücke muss geschlossen werden“, forderte Schummer. Vor einem Jahr hatten die Arbeits- und Sozialminister der Länder eine Fondslösung abgelehnt, aus Sorge um die möglichen Kosten. Das Land Nordrhein-Westfalen, das Ende 2014 zu den blockierenden Ländern gehörte, hat inzwischen, auch durch Gespräche zwischen Fraktionspolitikern und der Lebenshilfe Nordrhein-Westfalen, seine Position geändert. Mit einem gemeinsamen Beschluss aller Fraktionen im Landtag sprach sich Nordrhein-Westfalen im Sommer für einen Entschädigungslösung aus.

Eine Stiftungslösung hatte sich Anfang September angedeutet. Dabei soll es zu einem Hilfesystem für die Misshandlungsoffer mit Behinderung kommen, das für Schummer „so unbürokratisch und zügig wie möglich“ finanzielle Entschädigung zur Verfügung stellt. Zudem sollen die erschütternden Erfahrungen der Opfer durch eine wissenschaftliche Begleitung öffentlich gemacht werden.